

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. ...

MORWIRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 13. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Hardings Programm.

Washington, 13. April. (W.B.) In der Botschaft des Präsidenten Harding enthält folgende Vorschläge: 1. Sofortige Bekräftigung einer Rottaristengesetzgebung.

Zur Abrüstung führt Hardings Botschaft aus, er stehe dem Wunsche, die schwere Bürde der Rüstung abzulegen, sympathisch gegenüber.

Washington, 12. April. (W.B.) In der Botschaft des Präsidenten Harding heißt es weiter: Die Dringlichkeit eines sofortigen Tarifgesetzes kann nicht genug hervorgehoben werden.

Schutzpolizei

gegründet sein. Die Ausdehnung der im Besitz Amerikas befindlichen und von ihm betriebenen Kodel- und Kontostellen muß gefördert werden.

Die Stellen in der Botschaft des Präsidenten, die sich mit Fragen der äußeren Politik

äußeren Politik

befassen, lauten wie folgt: An dem augenblicklichen Bund einer Weltregierung mit seinen Übernehmern wird unsere Republik keinen Teil haben.

der Völkerbundvertrag unsere Genehmigung nicht erhalten

kann. Ganz offenkundig wurde das höchste Ziel des Völkerbundes dadurch hinfortgemacht, daß der Bund mit dem Friedensvertrage verfertigt und dadurch zu einem Zwangsmittel der Sieger im Kriege wurde.

Mit Bezug auf die Frage eines Sonderlebens mit Deutschland

Sonderlebens mit Deutschland

laut Harding noch: „Die Vereinigten Staaten stehen als einzige unter den alliierten und assoziierten Mächten noch technisch im Kriegszustand mit den Mittelmächten.

suchen um Unterhandlungen über die Friedensverträge, die notwendig sind, ebenso überflüssig und unnötig ist, wie technisch unwirksam.

Harding erklärt weiter, der Anteil Amerikas bei der Neuordnung und Wiederherstellung könne nicht außer acht gelassen und müsse genau bestimmt werden.

Schaffung der Ruhe in Europa.

Diese Restauration müsse geschaffen werden, bevor der menschliche Fortschritt wieder einsehen könnte.

Der französische Gerichtsvollzieher.

Paris, 13. April. (W.B.) Kammer. (Schluß.) Desjardins brachte Beschwerden über das (Dortensche?) Bureau in Wiesbaden vor, worauf Minister Loucheur erklärte, er werde darauf antworten.

Ministerpräsident Briand

stellt fest, daß die Redner in der heutigen Sitzung die lange Geduld Frankreichs im Dienste seines Rechts betont hätten, aber jetzt könne man nicht über die Aussichten diskutieren.

In Deutschland noch ein Geldeszustand

vorhanden sei, der auf irgendein Entschlafen hoffe. Am 1. Mai bestünde sich Deutschland auf keinen Vertragsverfall gegenüber.

Der Gerichtsvollzieher

sei abgeschlossen. Wenn sich der Schuldner widerrspenlig zeige, dann müsse ein Geld dar m ihn begelten. (Lachhafter Beifall.)

Die Debatte wird hierauf auf morgen mittag vertagt. Morgen vormittag hält die Kammer eine Sitzung ab, um den Gesetzentwurf über die Abgabe von den aus Deutschland eingeführten Waren zu beraten.

Die Lage im Saargebiet.

Von Wilh. Kimmrich, Saarbrücken.

Laut § 34 Kap. 3 Abschnitt III des Friedensvertrages eröffnen sich von jetzt ab in 14 Jahren der Saargebietsbewölkerung dreierlei Perspektiven: Aufrechterhaltung der durch vorliegenden Vertrag und vorliegendes Protokoll errichteten Verwaltungsordnung oder Vereinigung mit Frankreich oder Vereinigung mit Deutschland.

Das politische Ein- und Ueberblicksvermögen der vom Völkerbund eingesetzten Regierungskommission darf wohl so hoch eingeschätzt werden, daß man ihr Zweifel und Ungewißheit über das Ergebnis eines Volksentscheides, besonders hinsichtlich der ersten Perspektive, infolge ihrer Regierungspolitik kaum zutrauen darf.

Zunächst die politischen Verhältnisse. Sie erhalten einen reaktionären Stempel durch das Fehlen jeder immunen Volksvertretung ausgeübt. Die Kreisstage und das Saarbrücker Stadtverordnetenkollegium sollen, nach Ansicht der Regierungskommission, die sich dabei auf den § 28 II. Teil des Friedensvertrages stützt, den Volkswillen verkörpern.

„Die Gesetze und Verordnungen, die im Saarbezirke am 11. November 1918 in Kraft waren (mit Ausnahme der für den Kriegszustand getroffenen Bestimmungen) bleiben in Kraft.“

Neben den vorkriegszeitlichen Gesetzen und Verordnungen gilt im Saargebiet auch das alte preussische Einkommensteuergesetz. Ein Arbeiter mit einem Einkommen von 10 000 M. muß danach im Saargebiet dreimal, und einer, der 15 000 M. Einkommen hat, doppelt soviel Steuern bezahlen wie ein Arbeiter mit dem gleichen Einkommen in Deutschland.

Neht Steuerfreiheit. Zu diesen Stücken gehören auch die recht zahlreichen und meistens mit recht üppigen Gehältern dotierten ausländischen Beamten. So erhalten beispielsweise die 9 ausländischen Mitglieder des obersten Gerichtshofes in Saarlouis zusammen 1723 500 M. In selbst der größte Arbeitgeber, die französische Grubenverwaltung, bezahlt keinen Pfennig Steuer! In 10 großen Versammlungen demonstrierte die Arbeiterschaft des Saargebietes Anfang März gegen dieses Steuersystem. Vielleicht ist es darauf zurückzuführen, daß die Regierungskommission Mitte März einen Erlaß herausgab, laut welchem für das Steuerjahr 21/22 die abzugsfähigen Werbungskosten erhöht; das steuerfreie Einkommen von 900 auf 5000 M. und die Möglichkeit eines weiteren steuerfreien Abzuges in Aussicht gestellt wird.

In kultureller Beziehung gilt der Wille der größten politischen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, ebenso wenig. Die Leitung des gesamten Schulwesens liegt in den Händen von Vertrauensleuten des Zentrums und sogar als Wohnungsbaudezernenten fand man keinen geeigneteren Mann als einen Kaplan aus dem Dorf Lauchringen.

Das Sozialversicherungswesen wird nach dem Friedensvertrag weiterhin durch die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung geregelt. Doch sind sich die Gelehrten durchaus nicht über den Instanzenweg klar. Das Reichsversicherungsamt vertritt zwar den Standpunkt, daß es in allen Rekursangelegenheiten zuständig sei. Daß die Regierungskommission aber das Gegenteil aus dem Friedensvertrag herausliest, geht schon daraus hervor, daß sie ein Knappheitsversicherungsamt und für die private und öffentliche Rechtspflege einen obersten Gerichtshof schuf. Der Leidtragende dieser Unklarheiten ist die gesamte von der Sozialversicherung erfasste Hand- und Kopsarbeiterschaft.

Wie liegen nun die Dinge auf wirtschaftlichem Gebiete? Während der Friedensvertrag die Saargruben dem französischen Staat glatt auslieferte, begann das französische Kapital seinen stillen aber scheinbar unwiderstehlichen industriellen Siegeszug. Nur wenige bedeutendere Betriebe blieben bis jetzt von der Kapitalinvasion verschont. Die deutschen Kapitalisten werden sich toischer über die Bedeutung einer derartigen Alierung mit französischem Kapital klar gewesen sein. Sie schlugen zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie heimsten Profite ein und brauchen sich vorläufig wegen der nur in Deutschland geplanten Sozialisierung keine Kopfschmerzen mehr zu machen. Es sind dieselben Motive, die ein Steigen der Kurse der im neubefreiten Gebiet liegenden industriellen Werte verursachten. Daß der französische Kapitalist um kein Jota besser ist wie der deutsche, halten die Arbeiter schon genügend Gelegenheit zu erfahren. Ein größerer Widerstand, wie ihn die französischen und deutschen Kapitalisten Schulter an Schulter den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenzusetzen, ist kaum denkbar.

Für die Bergarbeiterschaft hat sich die wirtschaftliche Lage in den letzten Wochen erheblich verschlechtert. Die Löhne wurden um 4 Franken pro Schicht herabgesetzt und Feiertage wurden eingelegt. Da eine Belegschaft von über 74 000 Arbeiter und Beamten in Frage kommt, kann diese Maßnahme nicht ohne Einfluß auf das Wirtschaftsleben bleiben. Die Gründe sind in einer plötzlichen Absatzstörung der Kohle in Frankreich zu suchen. Vor zwei Monaten wurden die Halbenbestände bereits auf 164 000 Tonnen angegeben und heute weiß man fastlich nicht mehr wohin mit all dem Segen. Trotdem für das Saargebiet endlich die Kohlenrationierung aufgehoben wurde, droht den Bergarbeitern eine weitere Vermehrung der Feiertage, wenn der Absatz nicht gesteigert werden kann.

Auch die Hütten, die weiterverarbeitende und die Fertigungsindustrie haben ebenfalls ihre Lohnsätze den Arbeitnehmerorganisationen gekündigt mit der Absicht, die Löhne abzubauen. Wenn man berücksichtigt, daß die Lebenshaltung im Saargebiet um zirka 50 Proz. teurer ist wie im übrigen Deutschland, die Löhne sich aber nur auf demselben Niveau bewegen, dann erst kann man sich eine Vorstellung von der erbärmlichen wirt-

schastlichen Lage der Arbeiter machen. Die herrschende Teuerung wird besonders noch durch die zweifache Entlohnungsart, in Franken und Mark, durch den Valutaunterschied und durch die Valutawankungen künstlich geschürt. Die Beamten und Arbeiter der öffentlichen Verkehrsbetriebe waren nun schon vor Wochen bei der Regierungskommission wegen Aufbesserung ihrer Bezüge vorstellig geworden. Ihnen wurde der Bescheid, daß eine weitere Aufbesserung nur in Franken, bei gleichzeitiger Festlegung der Tarife und Preise in Franken, erfolgen könne. In einer von der Regierungskommission veranstalteten Urabstimmung entschied sich das Eisenbahnpersonal für die Beibehaltung der Markentlohnung. Aber die Frage war damit nur momentan gelöst. Am 23. Februar schon sahen sich die drei Hauptorganisationen der Eisenbahner erneut veranlaßt, zu der Frankentlohnungsstellung zu nehmen. Eine von 3500 Eisenbahnern besuchte Versammlung sprach sich gegen kaum ein Duzend Stimmen jetzt für die Frankentlohnung aus. In der Resolution wurde aber auch unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß man nur der Not und nicht dem eigenen Triebe gehorche.

Vor einigen Tagen gab nun die Regierungskommission einen Erlaß heraus, in welchem sie die Frankentlohnung und Frankentwährung für Eisenbahn und Post ab 1. Mai d. J. in Aussicht stellt. Somit werden von diesem Zeitpunkt ab mindestens 150 000 Arbeiter und Beamte in Frank entlohnt werden. Es liegt wohl klar auf der Hand, daß unter diesen Umständen die allgemeine Frankentwährung im Saargebiet direkt spruchreif geworden ist. Zwar werden die zukünftigen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten noch heiß debattiert, an der Sache selbst ist jedoch nicht mehr das geringste zu ändern.

Trübe und grau liegt die wirtschaftliche und politische Zukunft vor der Saararbeiterschaft. Ein einziger Lichtblick zeigt sich nur. Das ist das Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Brüdern in Ost und West gegen den gemeinsamen Feind, die kapitalistische Ausbeutung.

Regierungsbildung und Deutsche Volkspartei

Zu den Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen, über die wir in der heutigen Morgenausgabe berichteten, veröffentlichten rechtsstehende Blätter eine Zuschrift aus der Deutschen Volkspartei, in der es heißt:

Es ist doch selbstverständlich, daß ein derartiger Ausgang der Verhandlungen niemals die Zustimmung der Deutschen Volkspartei finden könnte. Keine Partei wird jemals auf den Anspruch verzichten, gleichberechtigt und gleichwertig mit den anderen beteiligten Parteien die Verantwortung für die Führung der Geschäfte des Landes zu tragen. Daß gerade die Sozialdemokratie, die jahrzehntelang ihre Gleichberechtigung mit den übrigen Parteien in der politischen Wertung verlangt hat, jetzt selbst beansprucht, mehr Rechte als andere Parteien zu erhalten, ist mindestens eigenartig und beweist für uns, daß der Ernst der ganzen, und zwar nicht nur der innerpolitischen, Lage bei den Sozialdemokraten bisher nicht zu voller Erkenntnis gekommen ist.

Der schreckhafte Hinweis auf den Ernst der außenpolitischen Situation macht sich sehr gut im Munde der Leute, die erst jetzt wieder als Erste einen privaten Trauerfall ausnutzen, um vor der ganzen Welt monarchistische Demonstrationen zu veranstalten. Zu dem Berede über die „Gleichberechtigung“ aber möchten wir betonen, daß es ebenso sinn- wie gegenstandslos ist. Wir erkennen der Deutschen Volkspartei das volle Recht zu, eine Regierung zu bilden, wenn sie dazu eine Mehrheit für sich findet. Nur werden wir nicht von dieser Regierung sein. Durch unsere Weigerung, mit der Deutschen Volkspartei eine Koalition einzugehen, bringen wir nicht verschiedene Rechtsstufen, sondern die innere Verschiedenartigkeit der beiden Parteien zum Ausdruck. Der Verfasser der seltsamen Beschwörung beweist nur das Eine, daß er „bisher nicht zu voller Erkenntnis“ des parlamentarischen Systems gekommen ist.

Eine Mahnung an Hermes.

Die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften, nämlich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund, sowie der Deutsche Beamtenbund haben gemeinsam beim Reichsernährungsminister folgenden Protest eingereicht:

„Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes und des Deutschen Beamtenbundes protestieren entschieden dagegen, daß bei der Neuregelung der Getreidewirtschaft für das nächste Wirtschaftsjahr die Zwangsbewirtschaftung aufgehoben oder auch nur ein Teil des Brotgetreides nach dem Verlangen der landwirtschaftlichen Unternehmer zum Verkauf freigegeben wird. Mit einer solchen Verringerung in der Bewirtschaftung muß eine sehr erhebliche Verteuerung des Brotgetreides und dementsprechend eine Erhöhung des Brotpreises eintreten. Die weitere Folge müßte naturgemäß wiederum eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter sein, die eine nochmalige allgemeine Preissteigerung bewirken würde.“

Eine Brotpreiserhöhung muß die erwerbstätige Bevölkerung um so härter treffen, als schon durch die allgemeine Preissteigerung im Jahre 1920 sehr erheblich die Lebenshaltung verteuert wurde und gegenwärtig durch die Erhöhung der Preise für Milch, Zucker und Kohle, ferner durch die Tarifierhöhungen aller Verkehrsanstalten und die in Aussicht stehende Mietsteigerung neue harte Anforderungen gestellt werden.

Um eine weitere Preissteigerung mit ihren schweren wirtschaftlichen und politischen Folgen zu verhüten, fordern die unterzeichneten Vorstände im Namen der Arbeitnehmer Deutschlands unbedingtes Festhalten an der Zwangsbewirtschaft für Brotgetreide und eine Verschärfung der Kontrolle.

Die deutsche Landwirtschaft kann nicht Preise beanspruchen, die einer Ausnützung der Notlage des Volkes gleichkommen, sie kann auch unter Preisen, die billigen Ansprüchen genügen, die Hebung der Produktion herbeiführen.

Sollte diese Forderung und Mahnung unberücksichtigt bleiben, so lehnen die Unterzeichneten für die dann unausbleiblichen Lohn- und Gehaltsforderungen und die daraus resultierenden Kämpfe jede Verantwortung im voraus ab.“

Kahrs Rechtfertigungsversuch.

Aus der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr (vergl. Morgenausgabe des „Vorwärts“) ist noch folgender Schluß nachzutragen:

Die Entwaffnung der Einwohnerwehr ist auch gegenwärtig noch und gegenwärtig erst recht aus Gründen der staatlichen Selbsterhaltung unmöglich, und zu dieser objektiven Unmöglichkeit kommt noch die subjektive, denn die Selbstschuttsorganisationen würden es nicht begreifen, daß der Staat sie, die ihn zu schützen bereit sind, dazu außerstande setzen sollte, wo sich eben gezeigt hat, daß er immer noch in höchster Gefahr schwebt. Von diesen Erwägungen aus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit das, was die bayerische Staatsregierung auf die Note der Reichsregierung vom 23. März zu tun hatte. Sie mußte der Reichsregierung nahelegen, in eingehend begründeten Darlegungen den Alliierten auseinanderzusetzen, daß die Durchführung der Entwaffnung gegenwärtig und in dem Zeitpunkt, in dem sie im Pariser Diktat in Aussicht genommen wurde, nicht möglich sei, und sie zu erlauben, in eine neuerliche Würdigung der Frage einzutreten.

Der Ministerpräsident schloß: Sie werden hoffentlich aus meinen Darlegungen die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Vorwürfe unbegründet sind, die die Haltung der bayerischen Staatsregierung als bloße Halsstarrigkeit abtun zu können glauben, daß sie vielmehr ihren Standpunkt aus wohlverstandenen, zwingenden Gründen der Staatsnotwendigkeit heraus gewählt hat. Wir müssen nun abwarten, welche Er-

August Stramm's „Kräfte“.

Kammerstücke.

Am 1. September 1915 fiel in Rußland der Postinspektor August Stramm als Hauptmann. Der Krieg zerbrach eine Hoffnung: einer, der aus sich selbst zu wachsen verstanden hatte, der über die üblichen literarischen Ursänge des Kopierens irgendwelcher „Stille“ seine eigene Ausdrucksform zu finden begonnen hatte, hörte, einundvierzig Jahre alt, zu existieren auf. Heute noch sechs Jahren versuchen die Kammerstücke ein Drama aus Stramm's bester Zeit, da er schon im Kreise des „Sturm“ Verständnis und in Herwarth Walden einen unermüdeten Propheten gefunden hatte, zum Bühnenleben zu erwecken, und kein Geringerer als Max Reinhardt mit vier der Besten der jungen Garde war der Interpret.

Auch August Stramm hat Bekütere betrieben. Es ist nicht schwer, mit Namen wie Maeterlinck, Strindberg und etwa Johannes Schlaf unbekanntes Dramen Erinnerungen heraufzuführen, die Stramm's Eigenwillen beschatten. Aber solche negative Kritikererei ist unfruchtbar. Es heißt, aufzuspüren, welche Mischung der Elemente (auch der bekannten) vorliegt und ob diese Mischung eine neue Einheit darstellt. Will man vom Inhalt sprechen, so gerät man in die Kopfschmerzen: eine Frau treibt ihren Mann, der sie soundso oft „betrog“ und wieder „betrogen“ will, vor die Waffe des Verlobten der gefährlichen Fremdin, ersieht die Fremdin und vergiftet sich selbst. Das Was ist also belanglos, wichtig allein das Wie. Dieses Wie der Gestaltung könnte ein neues Ethos sein. Aber auch das ist — und hier wird man bedenklich — bürgerliche Moral, die keinen freien Zug hat: dieser vier Menschen Fühlen und Wollen läuft durchaus in den üblichen Bahnen, führt durchaus zu den üblichen Resultaten und bourgeoisen Irrtümern, wie ein Duell es ist.

Es bleibt also die Gestaltungsart. Und nur darin kann man Stramm Eigenheit zugestehen. Eine Eigenheit, deren Problematik die Aufführung allerdings unterstrich. Ein Dramatiker, der fünf gerade Akte baut, die Einheit von Ort und Zeit wahrt und dadurch den Willen zur strengen Architektur dokumentiert, darf als ein bewußt schaffender Künstler angesehen werden. Sein Sprechstil ist künstlerisches Wollen. Stramm schaltet das Intellektuelle aus. Er gibt nur Gefühl, will Lebenskraft in lebendigen Gegeneinander zeigen, will zu den Unerlebten des Menschen, zu den Ausstrahlungen der Gefühlsfähigkeit hinab. Er will also im Grunde dasselbe, was die Expressionisten wollen. Aber sein Weg führt in die entgegengesetzte Richtung. Häufen jene Sätze auf Sätze, Reden auf Reden, wird er immer wortreicher. Schätzen jene ihre Akzente in gewaltigen Perioden und Sprümen hin, greift er zu der banalen Konventionssprache, weicht er fast ängstlich jedes eigene Wort, operiert mit einer Unterhaltungsprache, die absichtsvoll nach ist.

(Manchmal fallen Sätze, die aus einer schlechten Operette stammen könnten: „Ja — die Männer...“) Das kann bei Stramm nur Absicht sein. Sein Dialog — wenn man überhaupt noch von einem Dialog sprechen kann — ist nur belangloses Gerüst. Das, was Stramm zu sagen hat, sagt er nicht. Das läßt er schweigen, schweigend spielen. So schafft er dem Schauspieler unheuren Spielraum, aber — er verneigt sein Dichtertum, verkennt, daß des Dramatikers Material die schöpferische Sprache ist, daß die Wortargheit eine Grenze hat, hinter der der Ruin des Dramas ebenso unweigerlich beginnt wie hinter der Grenze der Wortfülle, die dem Schauspieler nichts Produktives mehr überläßt.

Hätte Stramm Reinhardt's Inszenierung erlebt, er hätte, zumindest als der irische Sprachreformer, der er war, die Ueberspigung seiner Form erkannt, hätte den ungeheuerlichen, wenn auch ungemein interessanten Widerspruch zwischen dem Alltagsjargon seiner Menschen und ihrer gewaltigen Gefühlsüberhöhung eingesehen. Reinhardt hat diesen Gegensatz, der dazu führt, daß diese Menschen als hysteriker erscheinen (da ihnen nur alltägliche Worte von den Lippen kommen), nicht gedämpft, sondern noch unterstrichen. Seine Leistung bleibt bestehen: meisterliche, großmeisterliche Kunst der Abstimmung, ein ebenso mathematisch scharfes wie musikalisch feines Gegeneinander der Träger dieser „Kräfte“. Im Mittelpunkt Agnes Straub mit ganz großen Augenblicken, immer in kolossaler Ueberspannung, maßlos im Lieben und im Hasen, in der Ueberschreibung aber doch ermüdend. Ihr nahe Helene Thimig, deren Alt allerdings nicht zu dieser anmutigen Gestalt klingen will. Eugen Kämpfer wehrte sich gegen die Stillisierung, war stark in seinen ganz stillen Momenten, wirkte dabei aber manchmal wie aus einem Schnitzerschen Konversationsstück. Hermann Thimig blieb farblos: er gehört kaum in solch eine Aufgabe hinein. Das Ganze: ein qualender Abdruck, dem eine ethische Auslösung verlagert blieb, und aus dem sich die Zuhörer schweigend lösten. Man nahm trotzdem die Gewißheit mit, daß dem deutschen Drama eine große Begegnung zu früh entziffen wurde.

Otto Ernst Hesse.

Eine Summe Hauptrolle. Daß die Darstellerin der Hauptrolle eines Stückes zwei Stunden lang kein Wort spricht, ist eine Merkwürdigkeit, die aber bei dem neuesten Werk Maeterlinck's eintritt. Das neue Werk ist eine Fortsetzung seines Märchenstücks „Der blaue Vogel“, das auch bei uns vielfach gegeben worden ist; es heißt „Die Verlobung“ und wird im Londoner Society-Theater aufgeführt. Die Hauptdarstellerin in diesem Drama ist zwei Stunden lang auf der Bühne, ohne ein Wort zu sprechen. Was sie in den stummen Szenen auszubringen hat, geschieht durch Gesten. Diese zum größten Teil summe Rolle gilt der Verlobung der Freunde. Die Freunde ist bei ihrem Auftreten nicht verhält, aber je mehr das Stück vorschreitet, desto mehr tritt von ihrem Gesicht hervor, bis sie endlich in der Schlussszene mit freiem Munde erbeutet und ihren Gesang nach Worten aufhört.

Die Sintflut kommt wieder!

Unter diesem Titel ist in Futuria-Verlag ein Buch erschienen, das „auf Grund astronomisch-geologischer Feststellungen die Wiederkehr der großen Weltkatastrophe“ ankündigt.

„Lohnt es sich denn wirklich noch zu streiten, um Europas Schicksal noch erfüllt, wie es uns auf zirka siebzig Seiten Brandler-Pracht gewissenhaft enthält?“

Nicht der Mensch allein, dem die Befürchtung seines Daseins auf die Seele drückt, sondern auch der Schwerpunkt dieser Erde wird, so schreibt er, nach und nach verrückt.

Wie ein alter ausgebluteter Kessel dreht sich eines Tags der Kielesball. Ueber unsern Erdteil ohne Pflanzflutet dann der Wasser wider Schwall.

In den Küsten kaum sie sich und laufen Selbstverständlich einmal über'n Rand. Schmähtlich muß Europa dann erlaufen, Deutschland, Frankreich — und auch Engelland.

Und ein Ende haben alle Freuden, Aber auch der Wölfer Höf und Jant. In den den Parlamentsgebäuden Schleimt die Luft nur auf ihrer Pant.

Vor den Woffen in den Kienolen Tummelt sich der Schwertisch stumm, Und in den Kanonenröhren calen sich die Kalle quatschhoergnügt herum.

Denn die Menschen, die sich feindlich haßen, Deckt die grobe kühle Woge zu — Keiner redet mehr von Kriegeslaffen; Gott sei Dank! Dann hat Europa Ruh!

Peter W. H.

Mußt. Kapellmeister Scherchen wird an Stelle des verstorbenen Dr. Eitner die Leitung des IV. Mozart gewidmeten Konzertes der Volksbühne am Sonntag übernehmen.

Theaterchronik. Als nächste Reueinladung geht im Staatlichen Schauspielhaus Schiller's „Pleite“ am Freitag, den 6. Mai, in Szene.

Aus der akademischen Welt. Prof. Ding in Jönköping a. N. wurde als Nachfolger von Prof. von Braun zum ordentlichen Professor für Chemie an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin ernannt.

Soziale Satire. Franzo Kollif und Manfred Kollif vom Rhein Volkstheater trugen am 14. April, 79. Uhr, im Leisegang der Volksbühne S. B. im Oranien Kloster, Klosterstraße 74, „Soziale Satire“ vor.

Ein deutscher Tuberkulosekongreß findet anlässlich des 25jährigen Bestehens des Deutschen Zentralvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose vom 19. bis 21. Mai in Bad Aibling statt. Während die ersten beiden Tage der wissenschaftlichen Diskussion und Behandlung der Tuberkulose gewidmet sind, wird am dritten die soziale Bekämpfung der Tuberkulose auf der Tagesordnung stehen.

gednisse die von der Reichsregierung eingeleiteten Schritte haben werden.

Die bayerische Entwaffnungsfrage ist also auf dem toten Punkt angelangt. Selbst wenn die Reichsregierung den völlig aussichtslosen Versuch machen wollte, über die Entwaffnung mit der Entente in erneute Verhandlungen zu treten, so wäre das Ergebnis von vornherein klar, und man stände in ein paar Wochen einer weit komplizierteren Lage gegenüber als heute. Wie schwach sich Herr v. Kahr in seiner Position fühlt, beweisen seine Ausführungen über die „subjektiven Unmöglichkeiten“ einer Auflösung der Selbstschutzhorganisationsen; offenbar hat der bayerische Ministerpräsident nicht die Macht, diese Organisationen zur Auflösung zu zwingen, und es zeigt sich mehr und mehr, daß Herr v. Kahr durch seine allein auf die Orgesch gestützte Politik zum willenlosen Werkzeug in der Hand der bayerischen Militaristen geworden ist.

Das abgesagte Vergnügen.

Der Tod der ehemaligen Kaiserin, der von der deutschen Öffentlichkeit mit unverkennbarer Gleichgültigkeit aufgenommen wurde, wird von der „Deutschen Zeitung“ zum Unsch genommen, um für eine „freiwillige Landestruwe“ Stimmung zu machen. Fast wie eine Drohung wirkt es, daß gerade Max Raurenbrecher in die Fanfare stößt, an vergangene Zeiten mahnt, das Volk auffordert, sich zu seiner „Volkheit“ zurückzufinden und die Sitten seiner Vergangenheit zu ehren. Für sich selbst dürfte jedenfalls Raurenbrecher diese schöne Mahnung nicht in Anwendung bringen, müßte er dann doch an jedem Todestage eines hohen-goltenfürsten einen Passus aus seiner vortrefflichen „Hohenzollern-legende“ zum Abdruck bringen.

Birken berartige Reminiszenzen erheitern, so mutet es höchst widerwärtig und unsympathisch an, wenn Raurenbrecher seinen Gefühlen der Trauer in einer Weise Ausdruck verleiht, die man mit einem Horzen, aber treffenden Wort kaum anders als Gefühls-prostitution bezeichnen kann. Mit frommem Augenausschlag und mit dem stillen Zusatz: „Was für ein edler Mensch bin ich doch!“ schreibt er:

Wir hatten für kommenden Sonntag ein einfaches aber herzlich Vergnügen geplant, das alle vereinigen sollte, die irgendwie an der Herstellung unserer Zeitung beteiligt sind, zur Radfeier des 25-jährigen Bestehens unseres Blattes. Gleich am Montag kam aus dem Kreise der Angestellten und Arbeiter unerer Zeitung heraus der Gedanke, daß es jetzt nicht angängig sei, wenigstens nicht für die Gemeinde der „Deutschen Zeitung“, ein Vergnügen zu feiern. Wir haben das Vergnügen abgesagt, und denken es später in anderen Formen nachzuholen.

Wie weit die Vergnügungen der „Deutschen Zeitung“ die Öffentlichkeit interessieren, mag Raurenbrecher besser wissen als wir; es wirkt jedenfalls beruhigend zu hören, daß das Fest später nachgeholt wird. Bis dahin schlägt der Verfasser vor, sich so zu verhalten, als ob Landestruwe auf vier Wochen ange-sagt wäre, da die böse Regierung der Republik, wie er zurend hervorhebt, es nicht für nötig gehalten habe, Landestruwe anzufagen. Diese „Mis-Ob-Philosophie“ ist ein erhebendes Zeichen in schwerer Zeit.

120 deutsche Denkschriften.

Paris, 13. April. (Havas.) Die Reparationskommission erklärt, daß sie die Anhörung der deutschen Delegation über die Festsetzung der deutschen Schuld beendigt hat. Die Schadenersatzlisten, welche von den verschiedenen Mächten eingereicht worden waren, wurden sämtlich der deutschen Delegation zwischen dem 5. und 20. Februar weitergegeben. Der Kommission sind über 120 deutsche Denkschriften zu den Schadenersatzlisten zugegangen. Sie hat außerdem etliche hundert Nachfragen der deutschen Delegation nach näheren Einzelheiten beantwortet; andererseits hat sie den deutschen Sachverständigen die Möglichkeit gegeben, mit den Sachverständigen der Verbändmächte zusammenzukommen, um gemeinsam die Schadenersatz-anprüche durchzuprüfen. Schließlich und endlich hat sie in feier-lichen Sitzungen, insgesamt 20, vom 22. März bis 12. April, die deutsche Delegation selbst angehört. In den nächsten Sitzungen wird die Kommission endgültig den Betrag der Schadenersatzleistungen festlegen, welche Deutschland in Gemäßheit des Friedensvertrags zahlen muß.

Ungewißheit über England.

London, 13. April. (W.B.) Der Präsident des Verbandes der Bergwerksbesitzer gibt bekannt, daß die Verhandlungen über die Fragen der Rationalisierung des Bergbaus und die nationale Regelung der Löhne abgebrochen worden sind. Die Bergwerksbesitzer hätten den Arbeitern alles angeboten, was sie zu leisten imstande seien.

London, 13. April. (W.B.) Die Bergleute teilten der Arbeiter-Dreibund-Konferenz mit, daß die Verhandlungen über die Vorschläge der Regierung und der Bergwerksbesitzer mit irgend-welcher Aussicht auf Erfolg nicht wiederaufgenommen werden könnten. Es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo der Dreibund zur Aktion schreiten müßte. Die Konferenz des Dreibundes vertagte sich auf morgen.

London, 13. April. (Reuter.) Die Vorschläge der Regierung zur Belegung der Streitigkeiten mit den Bergleuten sind veröffentlicht worden. Nach Aufzählung der Einwendungen gegen eine Rationalisierung des Unternehmensgewinns und eine nationale Festsetzung der Löhne schlägt die Regierung die Festsetzung der Löhne nach Distrikten vor. Der Grundgedanke, nach dem diese Sätze normiert werden sollen, soll national bestimmt und von der gegen-wärtigen Konferenz erörtert werden. Beschwerden aus den einzel-nen Distrikten sollen einem Nationalkomitee überwiesen werden, in dem Grubenbesitzer und Bergleute vertreten sind. Die gegenwärtige Konferenz soll auch bestimmen, welcher Prozentsatz des Unternehmens-gewinns auf die Löhne entfallen soll. Wenn ein Einverständnis auf diese Weise zustande kommt, und die Löhne auf wirtschaftlicher Grundlag festgesetzt werden, wird die Regierung kurze Zeit eine finanzielle Beihilfe erwägen, um einem zu schnellen Sinken der Löhne in dem am meisten betroffenen Bezirken Einhalt zu tun.

Es ist nicht klar, ob es diese Vorschläge sind, deren Ablehnung durch die Bergleute Reuter gemeldet hat. „Eurepoe“ behauptet es. Der Eisenbahnerstreik ist noch aufgeschoben. Heute soll die Verhandlung fallen.

London, 13. April. (Rdn. Stg.) Der Arbeiterführer Benin sagte in einer Versammlung, die letzte Ursache des Ausstandes liege in der falschen Politik, die Lloyd George seit dem Jahre 1918 betriebe habe. Den Kaiser möge man hängen, aber Hände weg vom deutschen Arbeiter, der so gut sei wie der englische. Dieser würde nicht dulden, daß die französischen Kapitalisten die deutschen Arbeiter verflachten und die von diesen geforderten Rablen, die jene umsonst erhielten, anderen Ländern verkaufen.

Sprengstoffunde und Verhaftungen in Mitteldeutschland. In Mansdorf bei Ballenstedt wurden sieben Mann, die Dynamit angefaßt und verkauft hatten, festgenommen. Es wurden gefunden: 1 Zentner Dynamit, 20 Meter Zündschnur, Sprengstoff, Sprengpatronen, sowie Heeresgut, Rohgeschirr, Brotbeutel, Feldflaschen usw.

Deutschösterreichs Abstimmung.

Salzburg, 13. April. (W.B.) Die Bundesregierung teilte der Landesregierung bezüglich des Beschlusses des Salzburger Land-tages, am 24. April die Volksabstimmung in Salzburg über den Anschluß an Deutschland durchzuführen, mit, daß sie die Durch-führung dieser Abstimmung verfassungsrechtlich für unzulässig erachte. Die Landesregierung erstattete daraufhin einen ausführ-lichen Bericht an den Landtag, in dem sie empfiehlt, die Entscheidung der Bundesregierung abzuwarten und daher von der Volksbefragung am 24. April abzusehen, diese aber im Falle der negativen Entscheidung der Bundesgewalt für einen späteren Zeitpunkt, etwa den 29. Mai, anzuberaumen.

Rom, 13. April. (W.B. Stg.) Die Entente protestierte in Wien gegen eine „von privater Seite“ (dem Landtag! Red.) auf den 24. April vorbereitete Volksbefragung Tirols und Steiermarks über den Anschluß an Deutschland. Italien beteiligte sich an dem Protest hauptsächlich wegen der möglichen Rückwirkungen in Süd-tirol.

Im Prozeß gegen die Kladoer Kommunisten wurden acht An-geklagte zu schwerem Kerker in der Dauer von 6—18 Monaten verurteilt, darunter Japotoch zu 18 und Muna zu 12 Monaten. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Den Verurteilten wird die Untersuchungshaft angerechnet. — Es handelt sich um die kurze Räteperiode im tschechischen Exilrevier vom vorigen Spätherbst. Gegenüber der Anklage und anderen Urteilen wider Kommunisten ist dieses Erkenntnis recht milde. Japotoch und Muna sind die Begründer der tschechischen Moskaubewegung, die aus Rußland importiert wurde.

Groß-Berlin

„Ball“.

Langsam fällt der Abend in die grauen Straßen. Auf Asphalt und Bürgersteig quirt eine dicke Menschenmenge. Füllig, hastig, rubellos. Grells Licht flammert vor Kinotheatern auf und beleuchtet große, feile Neffenslettern. Gedämpfter Schein kommt aus den Desfilen. Drüben aus der „Büchtigen Träne“ dringt das Gedudel eines Tanzliedes auf dem Grammophon.

In einem schwarzgeräucherten Lortweg blakt eine trübseige Gasflamme und beleuchtet zwei große Pappschilde: „Ab 6 Uhr großer Witwenball“ — Das dunkle Tor verschlingt mich. Ich stolpere ein paar Stufen hinan. Eine Tür wird geöffnet, und das Geräusch von tanzenden Schritten, von Gesang und Hoh- und Geigentönen quillt heraus. Tanz, Gesang und Geigentöne... Tanz ist Freude, Gesang ist Frohsinn, Geigentöne sind Sehnsucht.

Ich trete in einen großen rauchgedunkelten Saal. Die dicke blaue Luft legt sich mir wie ein Tuch auf die Augen. In mitschigen Dämmerstimmern einer schaukelnden großen Lampe beginne ich zu unterscheiden. Zunächst nichts als eine breite, sich in langsamen, rhythmischen Bewegungen weiterschleibende Menschenmasse, an den Wänden und den Ecken dann noch vereinzelte klumpen Menschen. Dann das Musikpodium, sechs bis acht Musikanten, rote Westen, Hemdärmel. Der ganze Raum ist erfüllt von einer eindringlichen, immer wiederkehrenden, aufreizenden Melodie, deren sinnliche Wirkung durch das monotone Witzigen der Tanzenden und die takt-mäßigen schritten Töne eines Tamburins noch erhöht wird. Der Tanzmeister, ein Mensch mit flachem, brutalem Gesicht, markiert den Tanzschritt und läßt das Tamburin klingen. Nicht aneinandergedrängt, langsam, automatenhaft schieben sich die Paare durch den Saal, die Gesichter unbeweglich, fast bedrückend ernst.

Jetzt kann ich mir die Tanzenden genauer ansehen. Die „Witwen“, Mädchen jeden Alters, von der unterernährten, kindhaft unentwickelten Sechzehnjährigen an bis zur abgerackerten Bier-zigerin. Die Männer meistens in den Zwanzigern. Alles aber Menschen, die tagsüber in der Werkstatt, in der Fabrik, in den Näh- und Nähtstuben arbeiten und auf den Abend warten, der ihnen Ab-wechslung, Genuß geben soll. Weil der Tag so freudlos ist. Das Tamburin klingt, kurz aber abgehackt, aufseuernd. Der Tanzmeister reißt mit Stentorsstimme Witz. Niemand lacht. Die Geige weint. Freude, Frohsinn, Sehnsucht —? Ach nein, das findet ihr hier nicht. Aber Betäubung, für ein paar Stunden Vergessen.

Der vielseitige Rittmeister.

Kanaster mit Gummischlauch und schwarzer Maske.

Lönende Namen und eine romantische Vergangenheit sind auch in der Republik unschätzbare Attribute, mit denen Schwindler aller Art die Dummen zu ködern wissen. Als ein besonders gerissener Gauner dieser gschicht die Schwächen ihrer Wirtmenschen auszunutzen Art wurde ein Schwindler entlarvt, dessen Person aber noch nicht festgestellt werden konnte.

Wie in vielen anderen Städten, so trat auch in Berlin ein Mann auf, der sich Rittmeister Serge von Rudlinki nannte, und erzählte, daß er aus Petersburg gebürtig und Offizier in einem Leibhufaren- oder auch Gardebrigaderegiment gewesen sei. Bei der russischen Revolution habe er seine ganzen Güter verloren und alles im Stich lassen müssen. So sei er bettelarm geworden und müsse nun versuchen, sich durch irgendwelche Beschäftigung seinen Lebens-unterhalt zu erwerben. Seine angebliche Armut hinderte aber den ehemaligen russischen Rittmeister nicht, in den feinsten Hotels zu wohnen. Von diesen Hotels aus suchte und fand er Anschluß an Personen, die im politischen und industriellen Leben an hervorragender Stelle stehen. Politikern und Industriellen erzählte er von seinen Erfahrungen in Rußland und von seiner Kenntnis der dortigen Lage. Er erbot sich, Vorträge zur Bekämpfung des Bolsche-wismus zu halten, und ließ sich daraufhin Vorschläge zahlen. Nach-trächlich ist bekannt geworden, daß der Rittmeister sich anderen Ver-sündlichkeiten gegenüber bereit erklärt hat, auch im bolschewist-ischen Sinne zu wirken. Aber auch hier hatte er es nur darauf abgesehen, von den Leuten Geld herauszuschlagen, und das gelang ihm auch in großem Maßstabe. Sehr gefährlich wurde der „Kanaster“ mehreren Damen der Kreise, in die er sich einzuführen verstand. Die Damen mußten immer wieder Geld heran-schaffen, um nicht wie ihnen der Erpreßer für den Fall der Weigerung brutal androhte, öffentlich bloßgestellt zu werden. Als sich der Schwindler in Berlin endlich nicht mehr sicher fühlte, ver-schwand er eines Tages in solcher Eile aus dem Hotel, daß er mehrere Koffer zurückließ. Zur Ueberraschung fand man hierin u. a. auch einen Gummischlauch und eine schwarze Gesichtsmaske. Das läßt darauf schließen, daß der Rittmeister, der stets stark parfümiert und mit seiner Reitpeitsche ausging, auch an noch dunkleren „Unternehmungen“ beteiligt gewesen sein wird.

Alles das wird vielleicht jetzt näher aufgeklärt werden, nachdem es gelungen ist, den Verfolgten in München ausfindig zu machen. Dort liegt er an einem unheilbaren Leiden schwer erkrankt in einer Anstalt. Zunächst wird man jetzt versuchen, seine Persön-lichkeit festzustellen.

„Loß von Berlin.“

Die oberen Zehntausend des Villenortes Zehlendorf können sich mit dem neuen Berlin nicht befreunden. In dem Lokalblättchen dieses Ortes waren halbseitengroße Voranzeigen für eine Ver-sammlung veröffentlicht worden, die von einigen Duzend Direktoren, Landwirten, Geheimen Regierungsräten und Rechnungsräten, Majoren, Besitzern von Betrieben, Bauern, Ärzten, Gutsbesitzern, Rentieren,

Professoren, Pfarrern und anderen, nur nicht von Arbeitern, An-gestellten und unieren Beamten unterzeichnet waren. Daß die Ver-anstalter dieser Versammlung, die am Montag stattfand, monarchen-treue Bürger waren, wurde vom Versammlungsleiter gleich bei Be-ginn der Versammlung durch die Mitteilung vom Tode der Kaiserin, der „Stillen Däuberin“, durch Erheben von den Plätzen veranschaulicht. Die anwesenden Parteigenossen beteiligten sich mit Recht nicht an diesem Akt, weil Kundgebungen dieser Art in angeblich „un-parteilichen“ Veranstaltungen genau so wenig wie etwa in öffent-lichen Kaffees am Platz sind. — Präsident Dr. von den Borcht sprach von der angeblichen Berliner „Wirtschaft“ und General-sekretär Dr. Reumann (Frohnau) ließ sich über den durch die „Parteiwirtschaft“ verschlimmerten „Bureaokratismus“ aus. Stadt-ral Genosse Matern trat diesen Rednern entgegen, geißelte die Kirchturnpolitik der früheren Jahre, er zeigte, daß die Vorort-gemeinden ein weites Ausmaß von Selbstständigkeit besäßen und er-innerte daran, daß die Reaktion schon vor Jahrzehnten gegen den „Wassertopf“ Berlin Sturm gelaufen sei. Genosse Weide trat für Stadtschulrat Peussen ein und sagte die Tendenz der Referate dahin zusammen, daß sich der Kampf weniger gegen die strikte Zentrali-sation des neuen Gemeinwesens richte, als vor allem gegen die finanzielle Mehrbelastung dieser früheren Vorortgemeinden. Nach dem Schlußwort wurde über eine im Sinne der Einberufer eingegangene Reso-lution abgestimmt. Ohne Gegenprobe wurde vom Versam-mlungsleiter die „einstimmige“ Annahme festgelegt. Die anwesenden Parteifreunde mußten deshalb die Gegenabstimmung selbst vor-nehmen, um zu beweisen, daß von einer einmütigen Annahme der Reso-lution gar nicht die Rede sein könne.

Der Dank der Kriegsblinden.

Als Ergänzung zum Artikel „Ueber die Arbeitsmög-lichkeit der Kriegsblinden“ in Nr. 103 des „Vorwärts“ vom 3. März überendet uns der Bund der erblindeten Krieger, Bezirk Brandenburg, eine von mehreren Spandauer Kriegsblinden unterzeichnete Zuschrift, in der es heißt:

Wir waren im Jahre 1915 mit mehreren erblindeten Kameraden in das Heereslazarett Maria Victoria, Berlin NW, Karl-straße 29, eingeliefert. Nachdem unsere Augen behandelt oder ent-fernt worden waren, je nach der Art unserer Verletzung, wurden wir von unserem verehrten Augenarzt, Geheimrat Siler, nicht nach Hause geschickt, sondern besuchten die Lazarettküche, um so die Mög-lichkeit zu erlangen, als vollwertige Menschen leben zu können. Zu-nächst erlernten wir die Blindenschrift und das Schreiben auf einer Schreibmaschine für normale Schrift, wodurch wir des peinlichen Bedenkens enthoben wurden, schon im Wonnemalster stehend, unsere Briefe fremden Menschen diktieren zu müssen. Als wir sahen, daß wir trotz unserer Blindheit doch einiges leisten konnten, wuchs in uns das dringende Verlangen nach beruflicher Tätigkeit. Da aber beoannnen die Schwierigkeiten. Denn, wenn wir auch alle dieselbe Schrift erlernen hatten, so konnten wir doch nicht mehr unsere früheren Berufe erlernen. Es gab vor dem Kriege nur sehr wenige Blinden-berufe, die uns, die wir im Leben gestanden hatten, wirklich nicht be-drückend konnten. Da war es unser treuer Arzt und väterlicher Freund, Professor Siler, der durch unermüdlische Sorge um uns zum Begründer neuer Blindenberufe wurde. Er ließ zuerst, und zwar im Sommer des Jahres 1915, die Arbeiten prüfen, die Hände in Fabriken verrichten können. Der Anfang wurde in der Munitionsfabrik zu Spandau und im dortigen Feuerwerkslaboratorium gemacht, dann bei Siemens-Schuckert und der AEG, bei Mir u. Genest usw. Auch die Bemühungen anderer Blindenfreunde verschafften uns Arbeit, aber wir Spandauer waren die ersten, und schon im Herbst 1915 wanderten über zwanzig blinde Kameraden idealisch in die Fabriken, und wir hatten das befriedigende Gefühl, wieder nützliche Menschen zu sein. Hunderte von Blinden, auch Blinden, arbeiten nun in Deutschland für sich selbst und die Menschheit, und der Dank dafür ruht nur dem bescheidenen Manne, der nicht nur durch seine heilsbringende Tätigkeit Tausenden von Menschen das Augenlicht wiedergegeben, sondern auch in die Seelen der Blinden noch Licht gebracht hat. Wir für uns körper-lich Bedrückende, so hat er auch für unsere blinden Kameraden der anderen Berufszweige neue Schöpfungsmöglichkeiten eröffnet. Wir Fabrikarbeiter wollen durch diese Zeilen einem langgeheuten Be-dürfnis nachkommen und Dr. Siler, dem Vater der Kriegsblinden, unseren Dank aussprechen.

Verhaftung eines Geldscheinräubers.

Mit Hilfe der Falschmünzerabteilung des Berliner Polizeipräsidiums gelang es heute den Borschauer Polizeikommissaren Bograd und Schwede, des letzte Mitglied einer Bande von polnischen Geldscheinräubern, den polnischen Staatsangehörigen Woles Boch in Berlin zu verhaften. Die bisher vergeblich gesuchten Räubers wurden auf der Gepäckaufbewahrungsstelle des Borscher Bahnhofs beschlagnahmt.

Weil der Oberbürgermeister auf Urlaub ist. Die für kommenden Freitag vorgesehene Sitzung der Potsdamer Stadter-ordnetenversammlung, in der die berühmte Million-en-butleraffäre auf Grund des Berichtes des Untersuchungsaus-schusses behandelt werden sollte, ist in letzter Stunde vertagt worden, da der bis 19. April beurlaubte Oberbürgermeister Vosberg den Stadtverordnetenvorsteher Rosband ersucht hat, diesen Gegen-stand auf die Tagesordnung zu legen, wenn er selbst der Verhand-lung beiwohnen könne. Gegen diese ungewöhnliche Vertagung hat die SPD-Fraktion Verwahrung eingelegt, da der angegebene Grund die Vertagung nicht rechtfertige. Wenn der Ober-bürgermeister bei dem Bericht des Ausschusses für die Butler-angelegenheit anwesend zu sein wünsche, möge er sich dazu einfinden und seinen Urlaub entsprechend einrichten. Es sei aber unter der Würde der Stadtverordnetenversammlung, ihre Maßnahmen von den Wünschen des Oberbürgermeisters abhängig zu machen.

Verterrter Schloßbesuch in Potsdam. In Anbetracht der fort-während steigenden Unterhaltungskosten der Potsdamer Schloßes hat das Finanzministerium, dem die Verwaltung der Kronbauten obliegt, das Eintrittsgeld für den Besuch des Neuen Palais, Schloß Sanssouci und Warmingpalais auf 3 M. pro Person festgelegt. Am Neuen Palais werden dafür dem Besucher künstlich statt 15 Räume 26 Gemächer gezeigt.

Die Berufswahl der Schulentlassenen macht gewissenhaften Eltern große Sorge. Es ist nicht so ganz einfach, für einen Jungen oder ein Mädchen den geeigneten Beruf zu erkennen, der den Fähigkeiten und Neigungen (und dem Umfang des Geldbedarfs) entspricht. Und selbst wenn die Eltern in diesem Punkt das Richtige getroffen haben, bleibt noch die zweite Schwierigkeit, einer passen-den Lehr- oder Arbeitsstelle zu finden. Den Eltern, die in solcher Not nach Rat und Hilfe verlangen, leistet das Berufs-ami der Stadt Berlin (Oranienburger Str. 54, nahe dem Oranienburger Tor) kostenlos den gewünschten Beistand durch Erstellung von Auskünften und Nachweis von Lehrstellen. Zu wün-schen ist, daß die Schulentlassenen sich zusammen mit der Mutter oder dem Vater beim Berufsamt melden. Mitzubringen ist das Schu-labgangszeugnis, auch wenn es nicht viel Rühmliches ent-hält. Auch aus minder erfolgreichen Schülern sind oft die brauch-barsten Menschen geworden, wenn sie dem richtigen Beruf zugeführt wurden. Für Mädchen, die sich einem handarbeitenden Beruf zu-wenden wollen, sind keine Handarbeitsproben erwünscht. Das Bureau des Berufsamts ist geöffnet an Wochentagen 9—2 Uhr, Sonnabends nur bis 1 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Genie, Küstrock, den 13. April:

Die 103 (Oberbühnenreihe). 75. u. 66. Gemeinamer Sachabend in der Schulaula, Friedrichstraße. Vortrag: „Kriegsarbeit und Wohnungswesen“.

Gewerkschaftsbewegung

Die „Revolutionäre“ als Streikbrechergarde.

Die Mitglieder der mit kommunistischem Phrasenschwall operierenden revolutionären Betriebsorganisation können ihre gelbe Bergengarbe auch im neuen Gewande nicht verleugnen. Sie sind zu ihrer alten Liebe, dem organisierten Streikbruch, zurückgekehrt und fallen kämpfenden Arbeitern in den Rücken. Diese Tatsache wurde festgestellt in einer überfüllten Versammlung der streikenden Tiefbauarbeiter am Dienstagabend, in der Zarnow vom Bauarbeiterverband und Schmidt von den Maschinenisten und Heizern eine Uebersicht über den Stand der Bewegung gaben. Wie mitgeteilt wurde, haben sich etwa 500 Streikbrecher gefunden. Helle Empörung löderte in der Versammlung auf, als die Versammelten erfuhren, daß diese 500 Streikbrecher Mitglieder der revolutionären Betriebsorganisation sind. Bei den Verhandlungen am Montag, bei denen jedoch keine Einigung erzielt wurde, teilten die Unternehmer mit, daß die Macher der revolutionären Betriebsorganisation mit dem Ersuchen an sie herantreten seien, ihren Mitgliedern zu ermöglichen, auch in den geschlossenen Betrieben zu arbeiten. Diese kommunistischen Selbsten sind sogar so arbeitswillig, daß sie damit drohten, die Betriebe gewaltsam zu öffnen, falls ihrem Wunsche nicht Rechnung getragen wird. Einer dieser revolutionären Heiden versuchte in der Versammlung den Streikbruch damit zu entschuldigen, daß die Gewerkschaften ja auch nicht die letzte kommunistische „Kktion“ in Mitteldeutschland unterstützt hätten. Für die Geistesverfassung dieser „Revolutionäre“ ist es kennzeichnend, daß sie die verbrecherischen Attentate und Vandalereien in Mitteldeutschland in eine Linie zu setzen wagen mit dem berechtigten Lohnkampf gewerkschaftlich organisierter Arbeiter.

Die Streikenden erklärten sich damit einverstanden, daß die Streikleitung weitere Verhandlungen mit den Unternehmern führt, um die aufgestellten minimalen Forderungen durchzusetzen.

Betriebsräte der Metallindustrie zur Arbeitslosenfrage.

Die Betriebsräte der Berliner Metallindustrie hatten sich am Dienstag im großen Saal der Bodbrauerei in der Fildischstraße versammelt. Ziska und Barth behandelten in eingehenden Referaten die wirtschaftliche Lage der Metallindustrie und die Frage, wie das Arbeitslosenproblem zu lösen sei.

Ein Arbeitslosenvertreter schilderte in der Diskussion die Not der Arbeitslosen und die Vergeblichkeit vieler Schritte, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan wurden. Er forderte von den Betriebsräten, sich mehr als bisher der Arbeitslosen anzunehmen. Nach lebhafter Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Nach eingehender Prüfung der gesamten wirtschaftspolitischen Lage Deutschlands, die sich aus den inner- und außenpolitischen Zuständen ergibt, fordern die versammelten Betriebsräte und Obleute der Metallindustrie des Berliner Wirtschaftsbezirks:

1. Nicht eine Forderung der Außenhandelskontrolle, wie sie der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats in seiner letzten Sitzung beantragte, sondern eine Verschärfung derselben bis zur völligen Außenhandelsregelung durch das Reich.
2. Die Einschränkung der Ausfuhr von Rohmaterialien und Halbfabrikaten, da nur durch den Austausch hochqualifizierter Industrieprodukte die Arbeitsmöglichkeiten für die deutsche Arbeiterschaft geschaffen und die notwendigen Lebensmittel und Rohprodukte vom Ausland eingetauscht werden können.
3. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten für Reich, Staat und Kommunen, insbesondere für Bahn und Post.
4. Die Regelung dieser Aufträge unter Mitwirkung der Gewerkschaften und deren Ausführung unter Kontrolle der Betriebsräte.
5. Eine allgemeine Normalisierung und Typisierung dieser Erzeugnisse, um deren Verteilung in allen Territorien des Reichs, in allen Orten und Betrieben zu ermöglichen.
6. Durch gesetzliche Maßnahmen eine allgemeine Beschränkung der Arbeitszeit soweit, daß möglichst alle Arbeitslosen untergebracht werden können.
7. Allen Kurzarbeitern müssen Zweidrittel ihres Lohnausfalls durch Unternehmer und Staat ersetzt werden.
8. Die schnellste Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Entente, da nur hierdurch die Folgen der Sanktionen, die letzten Endes die Arbeiterschaft allein zu tragen hat, abgewendet werden können, und da auch nur so

eine Deutschland günstige Entscheidung in bezug auf Oberschlesien erzielt werden kann.“

Ferner heißt es in der Resolution: „Diese berechtigten Forderungen sind reiflos durchführbar, sie können aber nicht erreicht werden, wenn die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands überall energisch ihren Willen zur Solidarität mit ihren arbeitslosen Brüdern und Schwestern befestigt und hierdurch den herrschenden ihren unbedingten Kampfwillen kundgibt. Darum fordern die Versammelten von der Arbeiterschaft Berlins und des ganzen Reichs, in allen Betrieben hierzu Stellung zu nehmen und ob dieser großen Fragen willen den Parteistreit zu begraben, um die einheitliche Kampffront herzustellen.“

Lohnbewegung in der Knabenkonfektion.

In einer Versammlung aller in der Knaben- und Burschenkonfektion sowie der Phantasiwestenbranche beschäftigten Schneider und Schneiderinnen, die am Dienstag in Schul's Prachtbällen stattfand, berichtete Rugebach über die mit den Arbeitgebern und vor dem Schlichtungsausschuss gepflogenen Verhandlungen. Nach vergeblicher Verhandlung mit den Arbeitgebern wurde der Schlichtungsausschuss angerufen. Der Schlichterspruch lautet dahin, daß Lohn für Zuschneider und Zuschneiderinnen ab 1. April um fünf Prozent erhöht und daß auch der Endlohn von diesem Zeitpunkt an einen Zuschlag von 5 Proz. erfahren soll. Der Forderung, die Erhöhung schon ab 7. bzw. 9. März zu gewähren, hat der Schlichtungsausschuss nicht Rechnung getragen.

Obgleich der Spruch für die Arbeiter und Arbeiterinnen der in Frage stehenden Branchen als ein befriedigender nicht anerkannt werden könne, sei die Verhandlungskommission doch zu dem Entschluß gekommen, angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Lage die Annahme zu empfehlen. Aufgabe aller beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen müsse es sein, für einen besseren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen, damit den berechtigten Forderungen Geltung verschafft werden könne. Die hierauf folgende Aussprache hatte zum Ergebnis, daß der Schlichterspruch einstimmig angenommen wurde.

Ein neuer Lohnvertrag im Anschlagwesen.

Die im Berliner und Charlottenburger Anschlagwesen beschäftigten Zeitanhänger haben zu dem Zusammenschluß, der durch das Eingehen der Firmen Raud u. Hartmann, Berlin, und Strauch u. Co., Charlottenburg, notwendig geworden war, Stellung genommen. Leider hat sich herausgestellt, daß eine vollständige Uebernahme des Anschlagwesens durch die Stadt Berlin nicht erfolgen könne. Es wurde daher beschlossen, eine Berliner Anschlag- und Reklamewesen B. m. b. H. zu gründen. Zwischen der neuen Gesellschaft und dem Deutschen Transportarbeiterverband wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, der wesentliche Vorteile für die Zeitanhänger gegenüber den bisherigen Verträgen vorsieht. Es wurde ein Wochenlohn für sechs Arbeitstage einschließlich planmäßigen Nachzuschlages und Befehlen des Schriftstellers von 316,80 M. erzielt. Die männlichen Vertreter erhalten einen Wochenlohn von 243 M., die weiblichen Vertreter einen solchen von 201 M. für Mehrarbeit, die nur in dringenden Fällen geleistet werden darf, werden 25 Proz. Zuschlag gezahlt. Urlaub wird gewährt nach einer Beschäftigungsdauer von 6 Monaten bis zu 1 Jahr 6 Arbeitstage, von 1 Jahr bis 5 Jahr 12 Arbeitstage, über 5 Jahre 18 Arbeitstage. Der Vertrag gilt vom 1. April bis 30. September, das Lohnabkommen vom 1. April bis 30. Juni d. J.

Betriebsratswahl bei Rudolf Mosse. Am 8. April fand die Neuwahl des Betriebsrats für die Firma Rudolf Mosse statt. Sie hatte folgendes Ergebnis: Arbeiter, Liste 1 (Kommunisten): 236 Stimmen = 2 Sitze im Betriebsrat (1 Sitz Ergänzungsmitglied im Arbeiterrat). Liste 2 (freigewerkschaftlich): 619 Stimmen = 5 Sitze im Betriebsrat (2 Sitze Ergänzungsmitglieder im Arbeiterrat). Angestellte, Liste 3 (freigewerkschaftlich): 381 Stimmen = 4 Sitze im Betriebsrat (2 Sitze Ergänzungsmitglieder im Angestelltenrat). Liste 4 (Harmonie): 123 Stimmen = 1 Sitz im Betriebsrat (2 Sitze Ergänzungsmitglieder im Angestelltenrat). Bei dieser Neuwahl kamen somit die „Kommunisten“ nicht auf ihre Rechnung.

Die kaufmännischen und technischen Angestellten, Geschäftsführer und Hotelbeamten der Hotel- und Gastwirtschaftsbranche nahmen am Montag, den 11., in einer Versammlung der Kartellgruppe 2 den Bericht über die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern entgegen. Der Schlichterspruch, der am 7. März den Angestellten Erhöhungen von 30 bis 250 M. brachte, war von den Arbeitgebern nicht angenommen worden; darauf hatten erneut Verhandlungen stattgefunden, die zu Zugeständnissen von 25 bis 200 M. in einer Gruppe 300 M. brachten. Da jedoch über die Bezahlung der weiblichen Angestellten, über die Kost- und Logisfrage und über den Zeitpunkt der Zahlung eine Einigung nicht zustande gekommen war, sind neue Verhandlungen notwendig. Die Versammlung erklärte sich mit den Abmachungen nicht einverstanden und verlangte eine Erhöhung der Sätze. Die deutschen nationalen Handlungsgehilfen versuchten in der üblichen Weise gegen

die freien Gewerkschaften Sturm zu laufen, zumal sie von den Verhandlungen ausgeschlossen sind. Die Ausführungen ihrer Vertreter ernteten jedoch nur stürmische Heiterkeit; da sie in dieser Branche nur ein Grüppchen vertreten, ist es ihnen ein leichtes, den starken Mann zu markieren; sie versprachen den Angestellten das Blaue vom Himmel herunter. Die Versammlung ließ sich jedoch nicht beeinflussen, die am Schluß verdrängte Versammlungssprengung schickerte kräftig. Die Verhandlungskommission wurde beauftragt, erneut mit den Arbeitgebern über die Erhöhung der Zulagen zu verhandeln.

Generalverband der Angestellten. Donnerstag: Export, 7 1/2 Uhr, Neue Harmonie, Rönnecker Str. 20/21. — Reichs- und Staatsbedürden, 7 Uhr, Dannebergstraße, Neue Friedrichstr. 20.

Wirtschaft

Änderung des Branntweinmonopols.

Das bestehende Branntweinmonopolgesetz soll nach einer Korrespondenzmeldung einer Umarbeitung unterzogen werden. Hierbei ist in erster Linie die Abgabe maßgebend, ungleich höhere Beträge für den Reichsfiskus durch die Steigerung der Abgabensätze zu erzielen. Die gegenwärtige Belastung mit 800 Mark für 100 Liter Weingeist steht in einem auffälligen Missverhältnis zu dem mindestens zehnmal höheren Marktpreis für Branntwein. Würde die Monopolverwaltung inländischen Branntwein zu Trinzwecken abgeben, was demnach wohl geschehen könnte, so müßte sie auf Grund der ihr gesetzlich auferlegten Bedingungen die Preise weit niedriger bemessen, als es der Marktlage entsprechen würde. Ein solcher Verzicht auf Gewinnmöglichkeit geht aber gegen die fiskalischen Interessen des Reichs.

Daher ist in Aussicht genommen, von dem zu regelmäßigen Verkaufspreisen abgesehen und von dem zur Herstellung von Monopolzeugnissen verwerteten Branntwein eine Reineinnahme von mindestens 4000 Mark für 100 Liter Weingeist an die Reichskasse abzuführen. Die Heftlitteraleinnahme für den nicht zu Monopolzeugnissen bestimmten Branntwein soll um mindestens 30 Prozent höher bemessen werden, als für den Monopolbranntwein.

Der Mindestsatz von 4000 Mark würde nicht höher sein als die in Frankreich vom Branntwein erhobene Abgabe und weit hinter der englischen Besteuerung zurückbleiben. Man nimmt an, daß diese Mindestbelastung einen Rückgang im Branntweinverbrauch nicht zur Folge haben wird. Der zukünftige Verbrauch wird auf 400 000 Hektoliter veranschlagt, so daß sich eine Einnahme von 1,6 Milliarden ergeben würde. Vor dem Kriege war der Verbrauch an Branntwein zu Trinzwecken mehr als doppelt so hoch, brachte aber als Einnahmequelle dem Reich viel geringeren Nutzen als es künftig der Fall sein wird.

Abbruch der finnisch-russischen Handelsbeziehungen. Wie die BPR. hören, bestätigt sich die Nachricht, daß die bolschewistische Handelsdelegation aus Helsinki abberufen worden ist und die Handelsbeziehungen zwischen Finnland und Rußland abgebrochen sind.

Aus aller Welt.

Zuchthaus für einen Kapitalstrolcher. Vom Landgericht Leipzig wurde der 26 Jahre alte Koch Kuerswald aus Bad Nauendorf in Thüringen wegen Vergehens wider das Gesetz gegen die Kapitalflucht vom 8. September 1919 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Kuerswald hatte unter dem Vorgeben, Kapitalien nach der Schweiz bringen zu wollen, mehrere Personen um Wertpapiere und Geldbeträge im Betrage von mehreren Hunderttausend Mark betrogen.

Ein blutiger Zwischenfall in Offen. In einem Zusammenstoß kam es gestern auf dem Siebenerplatz, als ein Beamter der Schutzpolizei die Personalien eines Mannes feststellen wollte, der nach den Angaben von Augenzeugen ein Pferd und einen Wagen gestohlen haben soll. Der Dieb tödete den Beamten durch einen Revolverbeschuss und ergriff die Flucht.

Eine barmherzige Schwester zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. In Irland wurde eine Schwester zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt wegen Fahren eines Automobils, worin verbotliche Gewehre und eine große Menge Munition versteckt waren. Drei Männer, die auch in dem Automobil saßen, erhielten jeder 14 Jahre Zwangsarbeit.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Hermann-Berling & Co. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berling & Co. m. b. H., Berlin. Verlags- und Druckerei: Hermann-Berling & Co. m. b. H., Berlin. Verlags- und Druckerei: Hermann-Berling & Co. m. b. H., Berlin.



Brautleute!

Die Preise von Trauringen sind — trotz überhöhter Qualität — derzeit ungewöhnlich niedrig. Lassen Sie sich diesen nicht entgehen, sondern sichern Sie sich die besten und preiswertesten Trauringe bei mir. Als Selbstverleiher liefere ich in Qualität u. Preis einzig dastehend.

TRAURINGE

1 Trauring (Dukateing)	138 M.	1 Ring 500 gutempelt	von 75 bis 180 M.
1 1/2-Dukateing-Trauring	240 M.	1 Ring 300 gutempelt	von 35 bis 100 M.

Garantierstein für gesetzlichen Goldinhalt.
Der gute Ruf meines alten Geschäfts bürgt für Qualitätsware, die Anschaffung des Zwischenhandels für niedrigste Probekalkulationen.

Juwelier H. Wiese, Artilleriestraße 30

Telephon Norden 1090 — Tele. räuml. Adresse: Postamt
Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Infolge Selbstverwaltung zu denkbar günstigen Preisen!

Der Weg zum Erfolg

ist leicht zu finden, wenn man ohne Störungen arbeiten kann und nicht an Kopfschmerzen oder Drücken über den Augen, Nervosität oder ähnliches leidet. In diesen Erscheinungen leidet die kleine Mähne, die Augen untersuchen zu lassen bei

Optikermeister Max Trusch, staatlich geprüft, Berlin SO, Dresdener Straße 131 (Kottbuser Tor).

Ihre Sehkraft wird gewissenhaft und vollständig kostenlos geprüft. Garantie für gut passende Augengläser. Fläche Gläser M. 8.— pro Paar, stark gewölbte (Meriken-)Gläser M. 12.— pro Paar, Double-Kneiler M. 10.—, 13.50, 18.50, Nickel-Kneiler M. 8.— 2.—

Wäsche Diebstahl

ausgeschlossenen, wenn Wäscher „Bism“ benutzt wird. Erudent, lüsterhaft, preiswert, wasserfest, langlebig, lila, blau, rot, grün, gelb, schwarz, weiß, grau, braun, alle Farben, alle Größen, alle Qualitäten, alle Preisklassen.

WASCHER-BISM

Das neue, verbesserte Bism von Dr. Jell. „Wäsche Diebstahl“ hat die Tür zwischen Waschen und Reinigen geschlossen. Jedes Bism hat einen besonderen Zweck.

Preis Dr. 20.—, gelb 25.—
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 61, Lindenstr. 2

Hierher sehen

wenn Sie diese

4 Rein-Aluminium-Kochtöpfe

mit Deckel 2150

Inhalt 4 3 2 1 1/2 Liter
zu 100 Mark franko Nachnahme
zu erhalten wünschen

Metallw.-Manufaktur I. Holtzhausen h. Plettenberg I. W.
(Bedingung: Inserat einsenden.)

Tuchfabrik - Niederlage

von H. Lamprecht, Berlin - Tempelhof, Dönhofsstr. 17, verkauft Damen-, Herrenstoffe in Selbstproduktion an Vertriebs- sowie durchgeführte Occasionsstoffe von 45 M. an anwärts.

Jung hübsch und schick
sind Sie in einem Hut aus

Ecksteins Hutfabrik

Invalldenstr. 35, Ecke Chausseestr., 1. Treppe.
Elegante Modelle, Hutformen, Schieber, Borten sowie sämtliche Zutaten.
Hüte werden nach neuesten Formen in bekanntester Ausführung umgepreßt.

WANZEN

Erhältlich in Apotheken und Drogerien, Apotheker Otto Pfeiffer & Vohler, Berlin N. 63, Schuststr. 16.

PFEIFFEROL

Motten, Flöhe, Kopt- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch